



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvbgld.at



Außerordentliche GVV-Landeskonferenz am 15.10.2016 unter dem Motto "Starke Partner! Starke Gemeinden!"

Finanzausgleich: Verhandlungen in Endphase / Trummer: "Burgenländische Gemeinden nicht schlechter stellen" S. 3 meinden: GVV startet ein neues Service inklusive kostenloser Beratungsgutscheine

GMOA and more: die
Weiterbildungsmöglichkeit
für junge Gemeindemandatarlnnen geht in die
dritte Runde
S. 8

Klartext!



Bgm. Erich Trummer Präsident GVV Burgenland

Nur noch 12 Monate bis zur Wahl!

Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen! Liebe GemeindevertreterInnen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Countdown zu den ganz wichtigen nächsten Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen läuft. Es sind nur noch 12 Monate bis zur Wahl. Jetzt gilt es in den Wahlkampfmodus zu wechseln und die Planung für den Intensivwahlkampf vorzubereiten.

Jetzt müssen vor allem die Teams samt Spitzenkandidaten aufgestellt und Themen gefunden werden. Der GVV hat gemeinsam mit der SPÖ-Burgenland dazu ein umfassendes Service- und Unterstützungspaket geschnürt und Euch – unseren Kommunalmandataren – angeboten. Ganz nach unserem Motto "Starke Partner. Starke Gemeinden." müssen wir jetzt unsere Anstrengungen bündeln und mit Verantwortung für unsere Gemeinden und für unsere politische Bewegung alle Möglichkeiten nutzen.

Der entscheidende Faktor für den Erfolg bei den Kommunalwahlen liegt natürlich in Eurer Hand. Ich bitte Euch deshalb, die Unterstützungsangebote zu nutzen und vor allem auch (über Parteigrenzen hinaus) neue Persönlichkeiten für die gemeinsame Arbeit für unsere Gemeinden anzusprechen. Wir müssen grundsätzlich alle Interessierten persönlich und offensiv einladen, mit uns gemeinsam unsere Zukunft in unseren Gemeinden zu gestalten.

Eine gute Gelegenheit, diesen möglichen neuen Teammitgliedern Chancen und Perspektiven aufzuzeigen, ist die GVV-Landeskonferenz am 15. Oktober in Raiding, zu der alle herzlich eingeladen sind. Ich freue mich auf Euer Kommen und auf ein gemeinsames Durchstarten in die kommenden Kommunalwahlen!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer

Bgm. Erich Trummer Präsident GVV Burgenland

GR-Wahl: GVV Kommunalstammtische in allen Bezirken

er GVV Burgenland tourt derzeit durch alle Bezirke und hält Kommunalstammtische ab, um über den aktuellen Stand der Vorbereitung zur nächstjährigen Bürgermeister- und Gemeinderatswahl zu informieren.

Bereits im Jänner und Feber wurden alle Bezirke von GVV Präsident Erich Trummer und LGF Mag. Herbert Marhold zu diesem Thema besucht. Im Bezirk Oberpullendorf standen neben der Gemeinderatswahl auch regionale Themen bei diesem kommunalen Treffen im Mittelpunkt. Oberpullendorf war für den GVV, der die Stammtische mit der SPÖ Burgenland und dem RI Burgenland



Kommunalstammtisch im Bezirk Oberpullendorf

Foto: GVV Burgenland

organisiert hat, bereits die vierte Station. Es folgten noch Stammtische in Eisenstadt, Oberwart und Mattersburg. Die kommunalen Mandatare wurden dabei mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Vorhaben und Aktionen des GVV Burgenland im Rahmen

des Gemeinderatswahlkampfes konfrontiert. Außerdem gibt es jetzt bereits ein Bürgermeisterhandbuch für alle GVV Mitgliedsgemeinden mit rechtlichen Hinweisen, Formularen, Musterbriefen und nützlichen Tipps rund um den Wahlkampf.



Finanzlandesrat Helmut Bieler mit dem steirischen LH-Stellvertreter Michael Schickhofer

Foto: LSM Stmk.

FAG-Verhandlungen gehen in die finale Phase: GVV und Land fordern gerechten und tragbaren Finanzausgleich

Die Verhandlungen zum Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern gehen in die finale Phase. Bis Jahresende muss eine Eingung erzielt werden. Die Ziele des GVV und des Landes Burgenland sind klar abgesteckt: Der neue Finanzausgleich muss gerecht und tragbar sein.

Um die Kostenexplosion der Länder und Gemeinden in ihren Verantwortungsbereichen wie Pflege, Asyl, Kinderbetreuung und Schule nachhaltig finanzieren zu können, fordern die Finanzreferenten der Länder zusätzlich 500 Millionen Euro vom Bund. Die Länder sind Reformpartner für Österreich und stehen für eine Verwaltungsvereinfachung bereit, um einen wichtigen Schritt zu Entbürokratisierung, Aufgabenentflechtung und stabiler Finanzierung wichtiger Aufgaben wie Gesundheit, Pflege und Soziales zu machen. "Seitens der Länder erwarten wir vom Bund, in den Bereichen mit besonders dynamischer und struktureller Kostensteigerung, vor allem der Pflege, Gesundheit, Soziales, Inklusion und Integration, die Mehrkosten stärker mitzutragen", erklärt Finanzreferent Landesrat Helmut Bieler.

Dazu kommen noch diverse einseitige bundesgesetzliche Mehrbelastungen für Länder und Gemeinden. Deshalb fordern die Länder zumindest einen Ausgleich von 500 Millionen Euro jährlich im Rahmen des neuen Finanzausgleichs.

Die Städte und Gemeinden sowie die Länder brauchen wieder faire Rahmenbedingungen. Daher sollen in Gesprächen mit dem Bund auch eine Reihe von bundesgesetzlichen Regelungen und die Grundsteuer neu geregelt und adaptiert werden. Länder und Gemeinden haben dazu bereits eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Unter anderem muss der Pflegefonds verlängert und der Höhe nach angepasst werden, um diesen Bereich für die nächsten Jahre abzusichern.

Durch die Aufgabenentflechtung in einigen Bereichen sollen außerdem Kompetenzen klar zugeordnet und finanziert werden können. Die Länder und Gemeinden schlagen hierfür vor allem die Kinderbildung und – betreuung sowie die Ganztagsschule und Nachmittagsbetreuung vor.

Trummer: burgenländische Gemeinden nicht schlechterstellen

Die Verhandlungen sind für das Burgenland von großer Bedeutung. Finanzlandesrat Helmut Bieler: "Bisher ist das Burgenland als ländliches Gebiet im Finanzausgleich benachteiligt. Das Burgenland erhält pro Einwohner aus dem Finanzausgleich weniger als andere Bundesländer. Das ist nicht nur unlogisch, sondern auch unfair. Daher fordere ich einen gerechteren Finanzausgleich."

Unterstützt wird er dabei auch vom Natio-

nalratsabgeordneten Erwin Preiner. "Jeder Bürger muss gleich viel wert sein! Die ungleiche Berechnung der Ertragsanteile einzelner Bundesländer beziehungsweise Gemeinden muss geändert werden." Preiner hat in diesem Zusammenhang seine Heimatgemeinde Winden am See im Burgenland mit einer an Einwohnern vergleichbaren Gemeinde in Vorarlberg herangezogen und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Vorarlberger Gemeinde pro Jahr 360.000 Euro mehr vom Bund erhält als die Gemeinde Winden. "Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die unbedingt beseitigt werden muss", betont der Nationalratsabgeordnete.

GVV-Präsident Bürgemeister Erich Trummer stellt seitens des GVV klar: "Wir fordern bessere Ausgleichsmaßnahmen für strukturschwache Gemeinden, eine Ausgaben- und Aufgabenreform sowie eine Modernisierung der Einheitsbewertung mit einer Reform der Grundsteuer. Kernforderung bleibt aber: Jeder Bürger muss – egal wo er in Österreich seinen Wohnsitz hat gleich viel wert sein! Daher wird sich der GVV Burgenland weiter auf allen Ebenen für eine Reform des Finanzausgleichs einsetzen, um mehr Fairness und Gerechtigkeit bei der Verteilung der finanziellen Mittel sicher zu stellen, sodass die burgenländischen Gemeinden nicht länger schlechter gestellt sind als jene Kommunen im Westen Österreichs."

Vorwort!



Mag. Herbert Marhold Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Nach der etwas peinlichen Aufhebung und Neuansetzung der Bundespräsidentenstichwahl zwischen Ing. Norbert Hofer und Dr. Alexander van der Bellen sind wieder einmal die Gemeinden am Zug. Aufgrund der mittelbaren Bundesverwaltung werden bundesweite Wahlen wie eben die BPW von den Städten und Gemeinden organisiert und durchgeführt. Leider trifft dann, wenn diese nicht - wie in unserem Fall - korrekt abgeführt wurden, der Zorn der Bürgerinnen und Bürger auch jene, die sehr oft nichts dafür können. Bei der jetzt neu angesetzten Wiederholung der Wahl gab es im Vorfeld wieder Probleme. Diesmal allerdings mit einer offensichtlich fehlerhaften Charge von Wahlkarten. Es mussten im September - wie von den Medien ausführlich berichtet - in den Städten und Gemeinden 1,5 Millionen Kuverts geprüft werden, weil bei mehreren Kuverts Klebestreifen nicht gehalten haben, was wiederum einen Grund zu einer Wahlanfechtung gewesen wäre.

Fakt ist jedenfalls, dass dies zwar einen machbaren, allerdings wie so oft, völlig unnötigen Riesenaufwand für die Städte und Gemeinden gebracht hat, der – wie so oft – nicht oder nur unzureichend abgegolten wird. Zum Teil müssen Wahlkarten bis Australien oder Südamerika von den Städten und Gemeinden verschickt werden und das auch ein zweites bzw., wenn schadhaft, ein drittes Mal. Das kostet!

Auch der Personalaufwand für die Überprüfung ist von den Städten und Gemeinden zu stellen, obwohl das Innenministerium die Kuverts bestellt hat. Der Linzer Stadtchef Klaus Luger (SPÖ) brachte es auf den Punkt: "Allein in Linz müssen noch 25.000 Kuverts händisch geprüft werden. Wir müssen ausbaden, was der Gesetzgeber an realitätsfernen Regeln beschlossen hat." Dazu kommt, neben dem finanziellen Aspekt, der Rechtfertigungsdruck und Erklärungsnotstand der BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen, die ja vom Bürger auf diese Dinge angesprochen werden und oft auch verantwortlich gemacht werden. Man muss daher diese Wahlgesetze rasch reformieren, moderner und praxistauglicher machen und wir müssen auch im Rahmen des nächsten Finanzausgleichs darüber sprechen, welche Leistungen die Städte und Gemeinden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung erbringen und wie diese in Zukunft fair und gerecht für die Ausführenden abgegolten werden.

Mit freundlichen Grüßen

May flated probabl

Mag. Herbert Marhold Landesgeschäftsführer

Schwellenwerte-Verordnung bis 2018 verlängert

Die Bundesregierung hat die Gültigkeit höherer Schwellenwerte für staatlihe Auftragsvergaben bis 2018 verlängert. Damit sind Direktvergaben bis 100.000 Euro für weitere 2 Jahre möglich.

Die auf Drängen der kommunalen Interessensvertretungen – vom GVV Burgenland, anderen Landesverbänden bis hin zum Städtebund – vom Bundeskanzleramt fixierte Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung bis zum 31. Dezember 2018

ist eine wichtige Maßnahme für die regionale Wirtschaft sowie für die Städte und Gemeinden. Der GVV Burgenland geht darüber hinaus und fordert schon länger eine unbefristete Verlängerung wie z.B. in Deutschland. Angesichts des Übergreifens der Finanzkrise auf die Realwirtschaft ist es weiter erforderlich, vor allem Klein- und Mittelbetriebe mit unbürokratischen öffentlichen Auftragsvergaben zu unterstützen. Gleichzeitig wird für die Gemeinden der Verwaltungsaufwand reduziert. In der Ver-

gabepraxis profitieren insbesondere regional orientierte Klein- und Mittelbetriebe. Sie können für kleinere Aufträge direkt zur Anbotslegung eingeladen werden, ohne sich an einem komplexen Vergabeverfahren beteiligen zu müssen. Durch die Verordnungs-Verlängerung bleibt auch der Schwellenwert für das so genannte "nicht offene Verfahren ohne Bekanntmachung" bei Bauaufträgen auf dem erhöhten Wert von einer Million Euro (früher 120.000 Euro). Voraussetzung ist das Einholen von drei Anboten.

LANDESKONFERENZ 2016

Starke Partner! STARKE GEMEINDEN.

Wir laden herzlich ein zur

GVV LANDESKONFERENZ

SAMSTAG
15.10.2016
Lisztzentrum, Raiding
ab 9.00 Uhr

Ab 9.00 Uhr findet im Foyer des Lisztzentrums ein MEET & GREET mit unseren "STARKEN PARTNERN" statt! Mit dabei sind alle SPÖ Regierungsbüros, der SPÖ Klub, das Renner Institut, die Akademie Burgenland uns viele mehr. In zwangloser Atmosphäre kann dabei das eine oder andere Problem besprochen werden und es dient natürlich auch dem Kennenlernen der wichtigen AnsprechpartnerInnen für die Kommunen. Die Landeskonferenz selbst beginnt um 10.30 Uhr (voraussichtliches Ende 12.45 Uhr)

Nach der Konferenz lädt der GVV zu einem kleinen Mittagsimbiss.

Wir freuen uns auf Dein Kommen!

GVV BURGEN LAND

www.gvvbgld.at

Rechtsberatung für Gemeinden

Der GVV hat mit Herbst diesen Jahres beginnend eine Rechtsberatung für Gemeinden und Institutionen der SPÖ eingeführt. Damit gibt es jetzt eine verbindliche Rechtsberatung für den GVV und damit für seine Gemeinden/Mitglieder, und zwar in Form einer Onlineberatung und einer Präsenzberatung im GVV Büro, durchgeführt von Rechtsanwalt Mag. Peter Rezar jun. Er wird dabei jeden ersten Dienstag im Monat einen Vormittag im GVV Büro anwesend sein. Unterlagen sind mitzunehmen.

Dazu gibt es ein Kontaktformular auf der GVV Homepage mit Zugangscode, bei dem die Frage formuliert und abgeschickt werden kann. Jede Gemeinde, in Minderheitsgemeinden der Vizebürgermeister bzw. Ortsparteivorsitzende, erhält dabei kostenlos einen Beratungsgutschein des GW. Die Anfrage erhält Rechtsanwalt Rezar direkt. Der Besuch im GVV Büro in Form der Präsenzberatung vor Ort geht über Voranmeldung via GVV Sekretariat. Bezahlt wird von den Gemeinden bzw. einzelnen Personen mit dem GVV Gutschein, den alle per Mail zugeschickt bekommen. Darauf gibt es einen einmal gültigen Code, der eingegeben werden muss und damit seine Gültigkeit verliert. Jeder Gutschein läuft außerdem am Ende jedes Kalenderjahres ab und kann nicht ins nächste Jahr mitgenommen werden. Nicht vom Rechtsberatungssystem des GVV erfasst sind Privatklagen einzelner Funktionäre bzw. zivilrechtliche Fragen.

Die politische Beratung und auch die Fragen zur Gemeindeordnung bleiben weiter Kernaufgabe des GVV Büros und des Landesgeschäftsführers. Auch zivilrechtliche und/oder strafrechtliche Fälle von einzelnen Funktionären sind von diesem Angebot nicht erfasst!





Bei einer Unterredung mit Bundeskanzler Christian Kern im Bundeskanzleramt hat der burgenländische Nationalratsabgeordnete und Bereichssprecher Erwin Preiner auf die Wichtigkeit des ländlichen Raums hingewiesen Foto: GVV

Preiner: "Die Wertschöpfung im ländlichen Raum muss gesichert sein"

er Ausbau der Infrastruktur, sprich Straße, Schiene und Breitbandinternet, sind überlebenswichtig für die ländlichen Regionen, speziell für das Burgenland", so Nationalratabgeordneter Erwin Preiner. Auf die Wichtigkeit des ländlichen Raums wies der Bereichssprecher für Landwirtschaft und den ländlichen Raum auch in einem Gespräch mit Bundeskanzler Christian Kern hin.

Preiner verwies dabei auf den "Masterplan für ländliche Regionen", der explizit im Regierungsprogramm verankert ist. Ein weiterer wichtiger Punkt in dem Zusammenhang ist der bevorstehende Finanzausgleich der Länder. "Jeder Bürger muss gleich viel wert sein", fordert Preiner. Rund zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen. Die Wertschöpfung fließt aber all zu oft in städtische Gebiete. Aufgrund dessen hat die Bundesregierung einen Masterplan für den ländlichen Raum in das Regierungsprogramm aufgenommen, der die Stärkung der ländlichen Gebiete vorsieht. Ziel ist es, den Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum für die ländliche Bevölkerung zu stärken und auszubauen. Wichtig ist hierbei die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und die Sicherung der Wertschöpfung in den jeweiligen Gebieten. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Erreichbarkeit, sprich der Ausbau der Infrastruktur wie Straße, Schiene und Breitbandinternet. Speziell für das Burgenland als "ländlichstes" Bundesland stellt das eine Herausforderung dar. Preiner sieht hier das Burgenland als Ost-West-Drehscheibe, wo zwei wichtige Infrastrukturvorhaben rasch umgesetzt werden müssen: Zum einen der Schienenausbau im Südburgenland zwischen Hartberg und Szombathely, und zum anderen die Verkehrsanbindung der Südost-Autobahn A3 nach Sopron. Ein weiterer entscheidender Punkt ist der Bürokratieabbau bei Betriebsansiedlungen. "Betriebsanlagengenehmigungen müssen durchforstet werden, um Doppel- und Dreifachgleisigkeiten zu vermeiden, denn neue Betriebe sind für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Attraktivierung des ländlichen Raumes unerlässlich", so Preiner. Ebenso erforderlich für die ländlichen Regionen ist die Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe. "Wir brauchen mehr Fördermittel, um den Ausbau der biologischen Landwirtschaft und der Direktvermarktung zu intensivieren", so Preiner.

"Erneuerbare Energie ist unsere Zukunft"

Der Ausbau der erneuerbaren Energie ist ebenso im Masterplan für die ländlichen Regionen enthalten. Der Nationalrat hat die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens von November 2015 am 8. Juli 2016 ratifiziert, sprich Österreich hat Verpflichtungen übernommen, insbesondere die CO2-Belastung deutlich zu reduzieren, um weniger Zertifikate teuer ankaufen zu müssen. Preiner sieht Österreich jetzt mehr denn je in der Pflicht. Bei der erneuerbaren Energie sieht Preiner noch viel Potential. "Das Burgenland geht hier mit 412 Windrädern mit gutem Beispiel voran", so der Nationalratsabgeordnete. Wichtig in diesem Zusammenhang sei, dass der Einspeisetarif verbessert werde oder zumindest auf dem jetzigen Niveau bleiben müsse. "Das Ökostromgesetz hat sich künftig danach zu richten, um weitere Anreize im öffentlichen und privaten Bereich für erneuerbare Energie zu haben", fordert Preiner.

14,8 Millionen € an Wohnbauförderung als Impuls für Burgenlands Wirtschaft

nsgesamt 14,8 Millionen Euro an Wohnbauförderungen hat der Förderbeirat jüngst genehmigt.

Dieses Geld komme der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen im Burgenland zu Gute, meint SPÖ-Wohnbausprecher LAbg. Kurt Maczek: "Die Wohnbauförderung ist ein wichtiger Wirtschaftsimpuls für das Bauund Baunebengewerbe. Das Land schafft und sichert damit Arbeitsplätze im Burgenland - und hat damit auch einen wichtigen Anteil am konstanten Beschäftigungsplus im Burgenland: 105.047 Beschäftigte im Juli 2016 bedeuten zum 7. Mal in Folge Rekordbeschäftigung!" Die zweiten wichtigen Profiteure seien natürlich die Burgenländerinnen und Burgenländer, so Maczek: "Natürlich profitieren direkt die Antragssteller von der attraktiven Förderung. Indirekt profitieren aber alle burgenländischen Mieter über die niedrigen Wohnkosten: Das Burgenland ist dabei sogar erfolgreicher als

alle anderen Bundesländer. Denn das Burgenland hat im Bundesländervergleich die niedrigsten Netto-Monatsmieten inklusive Betriebskosten mit 5,55 Euro pro Quadratmeter."

Im Detail werden mit dem Beschluss des Beirats genau 200 Wohneinheiten im Mehrgeschossbau und 67 Eigenheim-Neubauten im Burgenland gefördert. Hinzu kommen die umfassende Sanierung von 22 Wohnungen und 24 Althaus-Ankäufe. Während im Norden besonders viele Wohnungs-Neubauten gefördert werden, etwa in den Bezirken Neusiedl am See (74) und Eisenstadt (65), wurden im Bezirk Oberwart überdurchschnittlich viele Anträge auf den Handwerkerbonus genehmigt, erläutert Maczek: "Der Handwerkerbonus ist eine besonders gelungene Ergänzung zur Wohnbauförderung, weil er gerade in den konjunkturschwachen Wintermonaten für zusätzliche Wirtschaftsimpulse sorgt."

Kindergartenbeitrag wird sozial gestaffelt

Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung eine Novelle des Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes beschlossen. Demnach muss nun der Elternbeitrag ab einer Höhe von 65 Euro für den halbtägigen Kindergartenbesuch im vorletzten Kindergartenjahr sozial gestaffelt werden. "Mit dem Gratiskindergarten refundiert das Land bis zu 45 Euro an die Eltern für die Kinderbetreuung, der Kindergartenbeitrag wird aber von den Gemeinden in unterschiedlicher Höhe eingehoben. Mit dieser Novelle des Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes schaffen wir ein gesetzliches Korrektiv", erklärt SPÖ-Klubchef Robert Hergovich.

Die Änderung des Pflichtschulgesetzes betrifft dagegen den Schulbereich. Damit werden flexible Rahmenbedingungen für Projekte wie die "tägliche Turnstunde" geschaffen. Mit der Novelle öffne man die Schulen noch stärker für die Bewegungscoaches der Sport-Dachverbände. Diese seien hoch qualifiziert und wichtige Partner, so Hergovich.



Weiterbildung: "GMOA and more" geht in die dritte Runde

Vor zwei Jahren riefen der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband, das Renner Institut Burgenland und die SJ Burgenland mit der "GMOA and more-Akademie" eine einzigartige Weiterbildungsmöglichkeit für junge KommunalmandatarInnen ins Leben. Mit Herbst 2016 geht diese nun in die dritte Runde.

Wie bereits in den letzten zwei Jahren richtet sich die Akademie an engagierte 16- bis 28-Jährige, die in den kommenden Jahren ihre Gemeinde maßgeblich mitgestalten wollen. Auch dieses Mal stehen in sechs ganztägigen Modulen politisches Hintergrundwissen, Softskills für die kommunalpolitische Arbeit, Vernetzung, Ideenaustausch sowie die Entwicklung und Umsetzung konkreter Projekte auf dem Programm. Bei der diesjährigen Akademie wird auch auf die Gemeinderatswahl 2017 ein Fokus gelegt, bei der das Motto "jünger und weiblicher" lautet.

"Viele junge Menschen sind interessiert an Politik und möchten sich gerne in die Gestaltung ihrer Gemeinde einbringen. Wir machen Politik mit und für die Menschen. Mit der GMOA and more-Akademie ist es uns in den letzten Jahren gelungen, vor allem viele junge Menschen in ihrem Engagement in der Kommunalpolitik zu unterstützen und ihnen das nötige Rüstzeug für ihre Aufgaben als Gemeinderätlnnen mitzugeben. Gleichzeitig wollen wir mit GMOA and more aber auch die SPÖ in den Kommunen weiter öffnen und laden daher alle interessierten Jugendlichen ein, sich an diesem Projekt zu beteiligen und in ihrer Gemeinde mitzuarbeiten", freut sich GVV-Präsident Erich Trummer über die Fortführung dieses einzigartigen Bildungsangebots.

Insbesondere die Strukturen der Sozialistischen Jugend (SJ) Burgenland profitieren von der hochqualitativen Schulung. Czech sieht die GMOA and more-Akademie als einen weiteren wichtigen Schritt zur Verstärkung der SJ-Ortsgruppen und Ortsparteien. "Bei dem Gemeinderatswahlen 2017 wollen wir noch mehr Jugendliche als 2012 zur Kandidatur bewegen. Durch die Akademie sind sie auf ihre Aufgaben vorbereitet und können die burgenländischen Gemeinden mit neuen Ideen und Projekten durchfluten!", zeigt sich Czech vom Potenzial ihrer FunktionärInnen und der Qualität der



V.I.n.r.: RI LGF Theresa Krenn, SJ Vorsitzende Silvia Czech, GVV Präsident Erich Trummer Foto: GVV Burgenland

Akademie überzeugt. Über 20 wissbegierige Jugendliche werden pro Lehrgang der GMOA and more-Akademie für ihre weitere Tätigkeit als GemeindevertreterInnen ausgebildet. "Der Erfolg gibt uns eindeutig recht. Die beiden Lehrgänge haben schon jetzt viele VerantwortungsträgerInnen der Zukunft hervorgebracht, die sich tatkräftig in ihren Gemeinden oder auf Landesebene engagieren. Daher war uns die Fortsetzung der Gmoa and more- Akademie ein Herzensanliegen. Dieses Mal werden wir verstärkt Projekte in den burgenländischen Gemeinden und einen erfolgreichen Jugendwahlkampf vorbereiten", so Czech weiter.

Auch in diesem Jahr stehen zwei junge engagierte Funktionärlnnen (Lisa Marchhart aus Pöttelsdorf und Maximilian Sipötz aus Illmitz) den TeilnehmerInnen mit Rat und Tat zur Seite, unterstützen sie bei der Planung von Initiativen und berichten von ihren eigenen Erfahrungen und Erfolgen in der Kommunalpolitik. Während es inhaltlich auch heuer wieder um Themen wie Geschichte der Sozialdemokratie, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik und Gemeindeordnung geht, widmet sich erstmalig ein zweitägiges Modul unter dem Titel "Projektmanagement in der Gemeinde & Best Practice Beispiele aus der Jugendarbeit" dem Jugendwahlkampf für 2017 und der geplanten Vorbereitung auf diesen. "Die beiden ersten Durchgänge der GMOA and more-Akademie haben uns bewiesen, mit wie viel Engagement sich die ausgebildeten jungen KommunalpolitikerInnen in ihren Heimatgemeinden einbringen. Ab Oktober geht's mit über 20 neuen TeilnehmerInnen in die dritte Runde – darauf freuen wir uns schon sehr", so RI-Landesgeschäftsführerin Theresa Krenn.

Nachmeldungen für die GMOA and more sind noch möglich Interessierte Jugendliche erfahren Genaueres zur Akademie auf der GMOA and more-Facebook-Seite oder direkt bei der Sozialistischen Jugend Burgenland, dem GVV Burgenland oder beim Renner Institut Burgenland. Los geht's am 21.Oktober mit einer Kick-Off-Veranstaltung.

Sechs Module

"Sozialdemokratie: Gestern & Heute"

"Jugendarbeit im Überblick"

"Presse & Öffentlichkeitsarbeit"

"Rhetorik"

"Gemeindeordnung leicht gemacht!" "Projektmanagement in den Gemeinden"



Agrarlandesrätin Verena Dunst stellte regionale Entwicklungsprojekte für das Südburgenland vor Foto: LSM

Kellerstöckl & Co: Entwicklungsprojekte für das Südburgenland

n der malerischen Umgebung des Kellerstöckls der Familie Herczeg stellte Landesrätin Verena Dunst gemeinsam mit Mag. Harald Horvath, Geschäftsführer Regionalmanagement Burgenland (RMB) und Gerhard Gerhard Pongracz (RMB Pinkafeld) laufende und zukünftige regionale Entwicklungsprojekte im Südburgenland vor

"Ländliche Entwicklung ist mehr als reine Landwirtschaft, hierzu zählt genauso die Dorferneuerung wie Projekte zur Diversifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben in Richtung Tourismus", so Landesrätin Dunst, in deren Zuständigkeit auch die Agenden der ländlichen Entwicklung und der Dorferneuerung fallen.

"Mein Ziel sind neue Impulse für die Regionalentwicklung und in weiterer Folge die Schaffung von besseren Einkommensperspektiven", so Landesrätin Dunst. Mag. Harald Horvath sprach in diesem Zusammenhang bereits einige künftige Projekte des RMB in

der Region an. Hierzu zählt z.B. das Pilotprojekt einer Infrastrukturdatenbank im Bezirk Jennersdorf. Bereits 2015/2016 sind 15.000 neue Haushalte an das Breitbandnetz angeschlossen worden, wobei die Tendenz weiter steigend ist.

Gerhard Pongracz stellte das aktuelle Projekt "Kellerstöckl-Resort Südburgenland" vor. Inhalt des Projekts ist die Nutzung des touristischen Potentials von typischen, authentischen Kellerstöckeln in der Region. Ziel ist die Schaffung von 50-70 einzigartigen "Kellerstöckl-Apartments" in bestehenden Kellerstöckeln. Die Besitzer können im Rahmen eines professionellen Betriebsmodells ihr Kellerstöckl in eine Kooperation einbringen. Als Betreiber könnte dann z.B. der Tourismusverband auftreten. "Wir müssen die Synergien zwischen Weinwirtschaft und Tourismus verstärkt nützen und die touristische Erschließung der Kellerstöckl ist genau ein Schritt in die richtige Richtung", ist Landesrätin Dunst abschließend überzeugt.

83. Strategieforum: Förderungen in der Höhe von 10,2 Millionen € beschlossen

Unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Hans Niessl wurden 143 förderwürdige Projekte mit einem Gesamtvolumen von 15,8 Millionen € im Strategieforum beschlossen.

Für diese gesamten Projekte wurden Förderungen in der Höhe von 10,2 Millionen € festgelegt. "Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen und die Stärkung der touristischen Betriebe sollen dazu führen, dass möglichst viele

Menschen aus der Region einen guten Arbeitsplatz erhalten. Unser Ziel ist klar: Mehr Burgenländer in Beschäftigung zu bringen. Das kann nur gelingen, wenn wir gezielt in die Zukunft des Landes investieren", so LH Hans Niessl.

Die insgesamt 143 Einzelprojekte sind Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Qualifizierungsmaßnahmen und ländliche Entwicklung.

Nach Zielpunkt-Pleite: Start für Arbeitsstiftung

Vor kurzem fiel in Eisenstadt der Startschuss der in Folge der Zielpunkt-Insolvenz eingerichteten Arbeitsstiftung. Initiiert wurde die Stiftung von Arbeitsmarktlandesrat Norbert Darabos und dem AMS Burgenland. Im vergangenen November schlossen im Burgenland 23 Filialen der ehemaligen Lebensmittelkette. 264 Mitarbeiter - vorwiegend Frauen - waren oder sind bis heute im Burgenland betroffen. Davon sind noch 55 bei den burgenländischen AMS Regionalstellen arbeitslos gemeldet. "Die Stiftung bietet jenen Zielpunkt-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die noch keine Anstellung gefunden haben, die Chance, sich beruflich neu zu orientieren und weiterzubilden, bis zu einer maximalen Dauer von vier Jahren", so Darabos. Die Dotierung beträgt 500.000 Euro, wovon Land und AMS jeweils die Hälfte übernehmen. "Eintrittsbeginn für ehemalige Zielpunkt-MitarbeiterInnen in die Stiftung ist Anfang März 2017, Stiftungsende ist März 2021", erklärt Darbos. Interessierte können sich bei den jeweiligen AMS Bezirksstellen informieren, zusätzlich plant das AMS Info-Tage. Voraussichtlich ab Oktober startet dann die Phase der Berufsorientierung, danach folgt die individualisierte Aus- und Weiterbildung der Teilnehmerlnnen.



Soziallandesrat Mag. Norbert Darabos und GPA-djp Regionalgeschäftsführer Michael Pieber informierten über die Details

Foto: LSM

Preiner und Schabhüttel ziehen positive Bilanz

Nach einem intensiven Parlamentsjahr haben die beiden burgenländischen SPÖ-Nationalräte und GVV Vorstandsmitglieder Bgm. Erwin Preiner und Bgm. Jürgen Schabhüttl eine positive Bilanz ihrer Arbeit im Parlament gezogen. Das vergangene Jahr und das erste Halbjahr 2016 waren aus ihrer Sicht geprägt von der Stärkung des ländlichen Raums und den großen Themenfeldern Arbeitsplatzsituation, Migration und Sicherheit. 112 Gesetze wurden innerhalb eines Jahres in 51 Plenarsitzungen, davon vier Sondersitzungen, beschlossen. Mit Bundeskanzler Christian Kern und seinem Team habe man nun neue Ansprechpartner in der Bundesregierung. Die Zusammenarbeit zwischen den SPÖ-Nationalräten und den SPÖ-Regierungsmitgliedern klappe ausgezeichnet, insbesondere mit "Burgenland-Minister" Hans Peter Doskozil. Mit Doskozil sei auch eine Trendwende im Verteidigungsministerium eingeleitet worden, ergänzt NR Jürgen Schabhüttl: "Statt immer nur zu sparen, wird jetzt verstärkt in die Sicherheit investiert: Das Verteidigungsministerium bekommt eine "Sicherheitsmilliarde' in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, um auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen entsprechend reagieren zu können." Besonders positiv für das Burgenland sieht Schabhüttl auch die ebenfalls im Juli beschlossenen Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht. Mit dem neuen Weingesetz wurde zudem der Uhudler weiter abgesichert.

Als Sprecher für Landwirtschaft und ländliche Regionen geht es Preiner um die Stärkung der Landwirtschaft und der bäuerlichen Familienbetriebe: "Aufgrund des Milchpreis-Verfalls bildete die finanzielle Absicherung der heimischen Milchbauen einen wichtigen Fokus. Die EU-Kommission ist gefordert, für eine EU-weite Lösung zu sorgen." Dem ländlichen Raum und vor allem dem Burgenland komme der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping zu Gute.



Burgenlands SPÖ-Nationalratsabgeordnete Erwin Preiner und Jürgen Schabhüttl Foto: SPÖ



SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich begrüßt die Fortsetzung der von Landeshauptmann Hans Niessl initiierten Vereinsoffensive

Foto: SPÖ Burgenland

Registrierkassenpflicht-Entschärfung und Bürokratieabbau bei Vereinsfesten

Während noch Anfang des Jahres Vereine mit neuen Belastungen rechnen mussten, können die Ehrenamtlichen nun weitgehend aufatmen, erklärt SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich: "Die Überzeugungsarbeit des SPÖ-Landtagsklubs hat gewirkt. Die beschlossene Einigung der Bundesregierung ist ein Rettungsanker für das Vereinswesen. Im Burgenland haben wir schon im März unsere Hausaufgaben erledigt und gemeinsam mit dem Koalitionspartner ein neues burgenländisches Veranstaltungsgesetz beschlossen.

Für die Vereine brachte das einen Bürokratieabbau bei der Organisation vieler Veranstaltungen im Burgenland. Diese SPÖ-Initiativen zur Entschärfung der Registrierkassenpflicht, Bürokratieabbau bei Festen und mehr Informationen hätten dafür gesorgt, dass das Ehrenamt jene große Anerkennung erhalte, die es verdient, so Hergovich: "Das ist eine Win-Win-Win-Situation und eine dreifache Unterstützung für die burgenländischen Vereine und ihre rund 100.000 Mitglieder!"

Kampagne "Unsere Vereine schützen"

Vor knapp einem Jahr hat der SPÖ-Landtagsklub die Kampagne "Unsere Vereine schützen" gestartet. Das Ziel, Schikanen gegen Vereine abzuwenden, sieht Hergovich mit dem Beschluss im Nationalrat erfüllt: "Für gemeinnützige Vereine entfällt innerhalb des 72-Stunden-Rahmens die Registrierkassenpflicht, die Ge-

meinnützigkeit wird weniger eng geschnürt und die Zusammenarbeit zwischen Vereine und Gastronomie wird erleichtert. Die Bundesregierung hat damit die Notbremse zum Schutz der Vereine gezogen!" Positiv bewertet der SPÖ-Klubchef auch, dass von dem Beschluss ebenfalls die Wirte profitierten: "Damit ist der von manchen herbeigeredete Konflikt zwischen Vereinen und Wirten von vornherein abgesagt. Im Burgenland dominiert ohnehin längst die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Parteiorganisationen und Wirten."

Ausbildung zum zertifizierten Vereinsfunktionär wird fortgesetzt

Im September fiel der Startschuss für die Fortsetzung der von Landeshauptmann Hans Niessl ins Leben gerufenen Vereinsoffensive: In allen Landesteilen werden flächendeckend Vereinsworkshops abgehalten, und der Lehrgang zur Ausbildung von "zertifizierten Vereinsfunktionären" geht in den zweiten Durchgang. Eine Info-Hotline für Vereine wurde bereits eingerichtet.

SPÖ-Klubchef Hergovich begrüßt die Initiative: "Je besser die Information der Vereinsfunktionäre, auf desto sichereren Beinen stehen die burgenländischen Vereine!" Ein Thema bei der Informationsoffensive ist auch das neue burgenländische Veranstaltungsgesetz. "Mit dem neuen Gesetz heißt es nun für Vereine bei der Genehmigung von Veranstaltungsstätten: Mehr Tempo – aber weniger Bürokratie und weniger Kosten!", fasst Hergovich zusammen.

Ein leistungsfähiges Regionalbahnnetz ist der Schlüssel für klimafreundliche Mobilität

Klimabündnis Österreich lud unter dem Motto "Zukunft Regionalbahn -Gewinn für Gemeinden, Regionen und Unternehmen" zur fünften Regionalbahntagung ins Burgenland.

Vertreter von Bund, Land und Gemeinden, der ÖBB, der Raaberbahn und des VOR erörtern mit internationalen Experten die Bedeutung der Regionalbahnen im Hinblick auf den Klimaschutz. Für das Burgenland sei ein funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz insbesondere für die PendlerInnen, die Lebensqualität in der Region, die Wirtschaft und nicht zuletzt für den Tourismus und die Freizeitgestaltung unabdingbar geworden, betonte Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf. "Auch aus der Sicht des Klimaschutzes besteht ein erhebliches Interesse daran, den öffentlichen Nahpersonenverkehr auszubauen. Dabei ist ein attraktives, leistungsfähiges Regionalbahnnetz eine wichtige Vorausset-

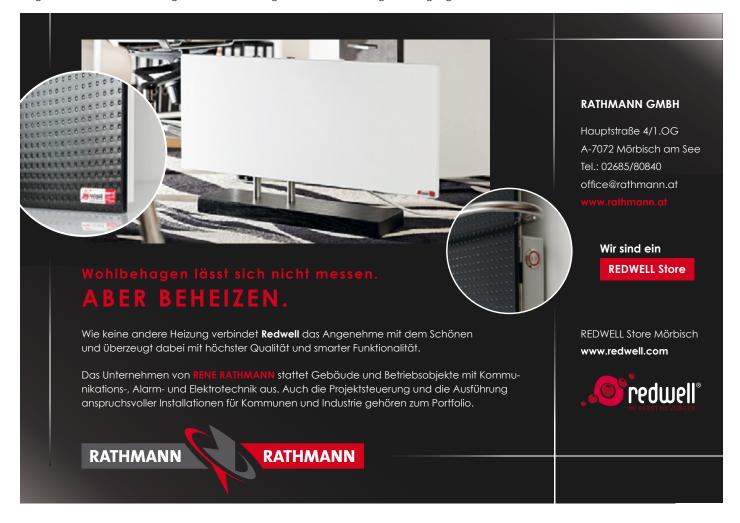


Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf bei der Regionalbahntagung in Eisenstadt Foto:LMS

zung". Das Burgenland setze seit Jahren auf umweltfreundliche Mobilität und investiere jährlich rund 17,5 Mio. Euro in Ausbau und Verbesserungen des Öffentlichen Verkehrs. "Das ist dreieinhalbmal so viel wie noch im Jahr 2000". Derzeit würden mit der bislang größten Bahnhofsoffensive im Burgenland rund 60 Mio. Euro in die Attraktivierung und Modernisierung von Bahnhöfen investiert. Mit der neuen Gesamtverkehrsstrategie, die stark auf Bürgerbeteiligung setze,

sei es gelungen, auf veränderte verkehrsbedingte, wirtschaftliche und räumliche Rahmenbedingungen zu reagieren und einen neuen Rahmen für die Verkehrsentwicklung der nächsten Jahre zu setzen. "Die Mobilität der Zukunft muss energiesparend, ökologisch und für die Bürger finanziell optimiert gestaltet werden", fordert Eisenkopf.

Bis zum Jahr 2000 sei der Schienenverkehr im Burgenland unterrepräsentiert gewesen. In den letzten 15 Jahren habe jedoch der Bahnverkehr eine deutliche Aufwertung erfahren, erklärte Verkehrskoordinator Peter Zinggl. Die Pannoniabahn von Wulkaprodersdorf über Eisenstadt nach Neusiedl und die Neusiedler Seebahn verzeichneten seit Jahren steigende Fahrgastzahlen. Die Neusiedler Seebahn sei heute voll elektrisiert und werde von 50 % der Wien-Pendler genutzt. Ziel sei es, auch den Anteil der Bahnpendler von Eisenstadt nach Wien zu erhöhen.



Neues Buschenschank-Gesetz beschlossen

Mit der in der letzten Landtagssitzung beschlossenen Novelle des Buschenschank-Gesetzes sichert der Landtag einstimmig und nachhaltig den Fortbestand der heimischen Buschenschanken. Zum einen wird mit der Novelle für die Buschenschanken die Möglichkeit geschaffen, Wein zuzukaufen. Bisher war den Buschenschanken nur das Ausschenken von Wein aus eigener Produktion möglich. Mit der Gesetzesänderung wird den Frostschäden des heurigen Frühjahres Rechnung getragen. "Angesichts von Ernteausfällen von bis zu 100 Prozent, war es hier notwendig zu reagieren. Ansonsten hätten viele Buschenschanken gar nicht die Möglichkeit, nach einem solchen Ernteausfall aufzusperren", so Agrarlandesrätin Verena Dunst. Die Änderung des Buschenschank-Gesetzes komme vor allem vielen Winzern im Südburgenland zu Gute, glaubt SPÖ-Agrarsprecher LAbg. Wolfgang Sodl: "Das ist Rettungsanker für viele Winzer und sorgt für die Absicherung der Buschenschanken als wichtigem Wirtschaftsfaktor gerade im Südburgenland! Die Buschenschanken sorgen für mehr Gäste und damit für mehr Wertschätzung in unserer Region."

Mit der Novelle hat die Landesregierung die Möglichkeit, per Verordnung aufgrund von massiven Ernteausfällen aufgrund von Hagel oder Frost den Zukauf von 1500 Litern Wein oder 2000 kg Trauben pro Hektar zu erlauben. "Die Novelle zeigt auch, dass die neue Landesregierung und insbesondere Agrarlandesrätin Verena Dunst rasch auf Notsituationen reagiert und unbürokratisch für Unterstützung sorgt", so Sodl.

Die Novelle des Buschenschank-Gesetzes trägt auch der letzten Änderung des Weingesetzes Rechnung und erlaubt den Ausschank von Uhudlersorten, die als Obstwein gelten. "Ein weiterer Schritt für die Sicherung des Uhudlers für die Zukunft", zeigt sich Landesrätin Dunst abschließend erfreut. Das Buschenschank-Gesetz und auch die parallel geführte Diskussion über das Jagdgesetz zeige, so Abgeordneter Sodl, "dass die neue Landesregierung nun Themen lösungsorientiert anpackt, die jahrzehntelang unter ÖVP-Verantwortung nicht angerührt wurden."



In Goberling wurden die Gewinner des 29. Burgenländischen Landesblumenschmuckwettbewerbs für die schönsten, gepflegtesten und farbenprächtigsten Gemeinden und Dorfplätze des Burgenlandes prämiert. Die heurigen Landessieger sind Goberling (Kategorie bis zu 600 Einwohner), Markt Allhau (Kategorie bis zu 1.500 Einwohner), Bad Sauerbrunn (Kategorie über 1.500 Einwohner) und Güssing (Kategorie Stadt).

Bahnhöfe Baumgarten, Wulkaprodersdorf, Neufeld, Müllendorf ausgezeichnet

Erfolg für das Burgenland: Die Raaberbahn wurde für die Modernisierung und barrierefreie Gestaltung der Bahnhöfe Baumgarten, Neufeld, Müllendorf und Wulkaprodersdorf beim VCÖ-Mobilitätspreis Österreich ausgezeichnet.

Ziel der Modernisierung war es, allen Personen einen leichten Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen. Barrierefreiheit und Anpassung an den heutigen Stand der Technik haben dabei oberste Priorität.

An den Bahnhöfen Baumgarten, Neufeld, Müllendorf und Wulkaprodersdorf wurden Mittelbahnsteige mit 55 cm hoher Bahnsteigkante, barrierefreie stirnseitige Zugänge, überdachte Wartekojen im Zugangsbereich sowie Blindenleitsysteme errichtet. Ebenso wurden Bike&Ride-Anlagen errichtet, die Park&Ride-Anlagen auf bis zu 80 Stellplätze vergrößert und akustische und optische Fahrgastinformationssysteme installiert. Den Fahrgästen wird dadurch der Umstieg vom Pkw auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtert. Zuwächse im Bereich des Fahrgastaufkommens wurden verzeichnet.

VCÖ-Geschäftsführer Willi Nowak gratuliert: "Die Raaberbahn passt ihre Bahnhöfe den Ansprüchen einer Mobilität mit Zukunft an. Barrierefreiheit ist für eine zukunftsfähige Infrastruktur unverzichtbar, nicht nur weil die Zahl älterer Menschen künftig stark zunehmen wird."



Neuer barrierefreier Mittelbahnsteig am Bahnhof Wulkaprodersdorf

Foto: LSM

Service: bewährte und neue GVV-Tools als Rüstzeug für die GR-Wahl 2017

Per GVV Burgenland bietet ein umfangreiches Serviceangebot für Gemeinden, Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare an, um kommunale Arbeit effektiv und bestmöglich zu unterstützen. Der Zugriff auf das Angebot erfolgt über die GVV-Homepage. Diese ist auch fit für mobile Endgeräte, das bedeutet, dass alle Inhalte der Homepage auch via Smartphones und Tablets genutzt werden können. "Es lohnt sich, unser Angebot zu nutzen und den ,Kommunalen Werkzeugkoffer' und den ,GVV-Shop' zu durchstöbern. Die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2017 wird eine große Herausforderung. Wir wollen die moderne Kommunalpolitik unserer Gemeindevertreter mit entsprechend innovativen Mitteln bestmöglich unterstützen", so GVV Präsident Erich Trummer.

Durch das Gemeindeordnungs-Tool auf der Verbandshomepage www.gvvbgld.at > Kommunaler Werkzeugkoffer können alle Funktionärinnen und Funktionäre mit persönlichem Zugangscode rasch und direkt bei Fragen zur Gemeindeordnung und zur Geschäftsordnung online nachsehen und diese selbst beantworten. Und zwar auf allen Endgeräten, auch während einer Sitzung oder kurz davor. Die Menüführung ist so gestaltet, dass man einfach seinen Bereich findet und damit die Antworten auf Fragen rund um die Gemeindeordnung. Das Gemeindeordnungs-Tool kann durch die klare und übersichtliche Navigation sehr leicht bedient werden. Es ist grafisch ansprechend und enthält außerdem eine Fülle von nützlichen Informationen für unsere Funktionärinnen und Funktionäre.

Vor über 10 Jahren hat der GVV Burgenland erstmals die burgenländische Gemeindeordnung digitalisiert in Form einer CD-ROM allen Mandatarinnen und Mandataren auf kommunaler Ebene zur Verfügung gestellt. Heute sind das Arbeiten auf dem PC, Tablet oder Smartphone Selbstverständlichkeiten. Dies hat auch Einzug in die Gemeindestuben gehalten. Der GVV Burgenland hat deshalb diese Idee der digitalen Gemeindeordnung weiterentwickelt und den "Kommunalen Werkzeugkoffer" mehrfach angepasst. 2010 wurde im Zuge der Neugestaltung der Homepage der Werkzeugkoffer auf die Homepage gestellt und 2012 nochmals völlig neu überarbeitet und noch benutzerfreundlicher gemacht.

Laufend aktualisiert und um neue Produkte erweitert wurde auch der GVV-Shop. Das Angebot reicht von Billets (Geburtstag, Trauer, Geburt, Sponsion, Hochzeit, Sommergrußkarten, Ostergrüße, Diamantene Hochzeiten, Zuzügler-Grußkarten...) und Kuverts (Trauer, normal) über Urkunden bis zu Druckwerken (Gemeindeordnung, Gemeindewahlordnung, Vergaberecht, Bgld. Baurecht, Landesverwaltungsgerichtsbarkeit, Dienstrechtsgesetz, Bundesabgabenordnung) zu günstigsten Konditionen. Außerdem gibt es in Kooperation mit der burgenländischen Firma Pro Premio noch mehr gemeinderelevante Artikel, wie Textilien, Werbeartikel und vieles mehr. Bestellt wird einfach per Mausklick. Die Artikel werden zugesendet, die Bezahlung erfolgt per Rechnung, die an die angegebene Adresse extra zugesendet wird.

Auf der Homepage finden sich neben den Informationen zum GVV auch alle wichtigen Infos zu den burgenländischen Gemeinden, der "kommunale Werkzeugkoffer", der GVV-Shop oder zum Beispiel die Möglichkeit zur Abonnierung eines Newsletter.

Der "Kommunale Werkzeugkoffer" ist auch per Handy auf www.gvvbgld.at voll nutzbar Fotos:GVV Burgenland





Mitmachen und gewinnen beim Gewinnspiel "Meine Gemeinde – Meine Idee" über Facebook oder eine Homepage des GVV Foto: GVV Burgenland

Wer hat die beste Idee für seine Gemeinde?

Ganz im Sinne des Mottos für die GRW 2017 "Jünger und weiblicher" hat der GVV Burgenland eine Initiative in den sozialen Netzwerken gestartet, um junge Menschen aus dem Burgenland für die Kommunalpolitik und die Anliegen in ihrer Gemeinde zu begeistern und im besten Fall zum Mitmachen zu animieren. "Meine Gemeinde – Meine Idee" ist ein Gewinnspiel auf Facebook. Dort können junge Menschen aus dem Burgenland bis maximal 35 Jahre ihre ldee oder ihren Verbesserungsvorschlag für ihre Gemeinde entweder auf der Homepage www.meineidee.at oder via der GVV-Facebook-Seite eingeben. Die besten drei ldeen werden mit Sachpreisen belohnt.

Tipps für "alte " und "neue" Ortschefs

In Kooperation mit dem GVV Niederösterreich hat der GVV Burgenland ein Handbuch für die anstehenden Bürgermeisterwechsel im Burgenland erarbeitet. Ziel war es, die neuen Kandidaten für den Bürgermeistersessel schon Wochen vor der geplanten Amtsübernahme bis ein paar Wochen nach der Angelobung zu begleiten und ihnen wichtige und nützliche Tipps zu geben, worauf bei jedem Schritt zu achten ist. Neben dem Rechtlichen finden sich auch viele nützliche Tipps und Tricks für die neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch für bereits länger im Amt befindliche Ortschefs ist dies ein gutes Handbuch zur Auffrischung. Das Bürgermeisterhandbuch und das Bürgermeister-Wechselhandbuch in der normalen Fassung werden vom GVV Burgenland kostenfrei allen GVV Mitgliedsgemeinden als pdf zur Verfügung gestellt und können auch im GVV Büro unter 02682 775 255 oder elisabeth.wenzl@ gvvbgld.at bezogen werden.



SPÖ-Landesparteivorsitzender Landeshauptmann Hans Niessl und Landesgeschäftsführer Helmut Schuster mit dem designierten neuen SPÖ-Landesgeschäftsführer Mag. Christian Dax.

Foto: SPÖ Burgenland

Jünger, moderner, facettenreicher: Christian Dax wird jüngster SPÖ Landesgeschäftsführer Österreichs

n der SPÖ-Landesgeschäftsführung werden die personellen Weichen neu gestellt. Mit 1.1. 2017 folgt Christian Dax Helmut Schuster als SPÖ-Landesgeschäftsführer.

"Mit Verteidigungs- und Sportminister Hans Peter Doskozil hat die SPÖ Burgenland einen der größten Aktivposten in der Bundesregierung. Mit Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf haben wir die jüngste Landesrätin Österreichs und ein weiterer Verjüngungsschritt wurde nach der Landtagswahl mit der Bestellung von Robert Hergovich als neuem Klubobmann gesetzt. Mit Mag. Christian Dax hat die SPÖ Burgenland nun auch den jüngsten SPÖ Landesgeschäftsführer Österreichs. Damit set-

ze die burgenländische Sozialdemokratie ein weiteres starkes Signal im Vorfeld der Gemeinderatswahl im nächsten Jahr," so SPÖ Landesparteivorsitzender Landeshauptmann Hans Niessl.

Die SPÖ müsse mehr denn je "frische Luft in die SPÖ-Residenz" lassen. Das Zeitalter der fixen Stammwählerschaft sei schon lange vorbei und der Anteil der Wechselwähler werde von Tag zu Tag größer, so Niessl. Das begreife man aber nicht als eine negative Entwicklung, sondern werde als Chance gesehen. Die Partei, die das beste Angebot liefert, werde auch das größte Vertrauen in der Bevölkerung bekommen. "Und genau das ist unser Anspruch", so der SPÖ-Chef. Christian DAX, der seit einem Jahr als Re-

ferent im Büro Landeshauptmann tätig ist, hat in dieser kurzen Zeit sehr rasch Zugang und Vertrauen zu den Gemeindeverantwortlichen aus 171 Gemeinden gewonnen. Er könne zuhören, verstehe die Anliegen der Gemeinden und helfe ihnen rasch weiter., so Niessl., Kompetenz, Dialogbereitschaft, Eloquenz und vor allem Bodenständigkeit sind Eigenschaften, die Christian Dax auf sich vereint."

Beim scheidenden Landesgeschäftsführer Helmut Schusert, der sich mit Ende des Jahres für die Funktion des Landessekretärs des Pensionistenverbandes Burgenland bewerben wird, bedankte sich Niessl für seinen Einsatz, seine Arbeitsbereitschaft und Organisationsstärke.

7,3 Millionen Euro für grenzüberschreitende Förderprogramme bis 2020

2012 ins Leben gerufen, würdigt der Tag der Europäischen Zusammenarbeit am 21. September die Errungenschaften der grenzüberschreitenden Kooperationen innerhalb Europas.

Die zahlreichen Aktivitäten, die im Rahmen des EU-Förderprogrammes für Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) bereits gesetzt werden konnten, verbessern nicht nur die Vernetzung der verschiedenen Infrastrukturen zwischen europäischen Regionen und Ländern, sie tragen wesentlich zur Europäischen Integration bei. "Als

Grenzregion profitiert das Burgenland besonders von derartigen Förderprogrammen," erklärt Landtagspräsident Christian Illedits und lobt etwa den grenzüberschreitenden Nationalpark, Investitionen in den Naturpark Geschriebenstein-Irrotkö, den Ausbau der Neusiedler See-Bahn, das Kulturfestival j:opera und die Initiierung einer grenzüberschreitenden Energiestrategie für den europäischen Raum als besonders gelungene Förderprojekte.

Als eines von 350 Mitgliedern aus 28 EU-Staaten vertritt Illedits die Interessen des Burgenlandes im europäischen Ausschuss der Regionen (AdR). Über den AdR können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU an der Gestaltung von EU-Rechtsvorschriften mit Auswirkungen auf die Regionen und Städte mitwirken. Immerhin haben 70 Prozent der EU-Rechtsvorschriften direkte Auswirkungen auf die lokale und regionale Ebene. Für Förderprogramme, die gemeinsame Projekte des Burgenlandes mit seinen Nachbarn Slowenien, Ungarn und der Slowakei forcieren, stehen über 7,3 Millionen Euro bis 2020 bereit.

Bürgermeistergipfel in Rotterdam im Zeichen des Kampfes gegen Extremismus

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats und die Stadt Rotterdam organisieren am 9. November einen Bürgermeistergipfel, der sich mit der hochaktuellen Frage befasst, wie Gemeinden und Städte gewaltbereitem Extremismus vorbeugen können.

Bereits im November 2015 fand eine ähnliche Konferenz im dänischen Aarhus statt, deren Ergebnis die Vernetzung zahlreicher auf diesem Gebiet aktiver Städte und Gemeinden war. Der Bürgermeistergipfel von Rotterdam will daran anschließen und gewählten Kommunalpolitikern Gelegenheit

zum Austausch geben. Seit Verabschiedung des Aktionsplans "Kampf gegen Radikalisierung und gewaltbereiten Extremismus" hat sich auch gesetzgeberisch einiges getan, auch diese Entwicklungen sollen beleuchtet werden. Das gegenseitige Lernen wird durch Exkursionen abgerundet. Rotterdam kann hier einiges bieten, gut die Hälfte der Bevölkerung hat Migrationshintergrund, ein Großteil der Migranten stammt aus Ländern außerhalb Europas. Mittlerweile ist Rotterdams Bürgermeister als erster Muslim an der Spitze einer niederländischen Großstadt weit über die Grenzen Rotterdams hinaus bekannt, er wird den Gipfel eröffnen.

Vorschläge für eine Vereinheitlichung des Asylrechts vorgelegt

Die EU-Kommission hat Mitte Juli die noch fehlenden Teile ihres Migrationspakets vorgelegt. Grundsätzlich wird signalisiert, dass tatsächlich Schutzbedürftige mit raschen Verfahren und einheitlichen Standards rechnen können, nicht Schutzbedürftige andererseits konsequent abgeschoben werden und jeder Missbrauch geahndet wird.

Die derzeitige Asylverfahrensrichtlinie soll durch eine Verordnung ersetzt werden. Dieses Rechtsinstrument wurde bewusst gewählt, nationale Spielräume, die Anreiz zum sog. Asylshopping bieten, sollen unterbunden werden. Der Verordnungsvorschlag enthält u.a. folgende Neuerungen:

- Vereinfachung, Präzisierung und Verkürzung von Asylverfahren: Sechs Monate bis zur Entscheidung, 1-2 Monate Bearbeitungsfrist für unzulässige oder unbegründete Anträge bzw. im verkürzten Verfahren.
- Einheitliche Garantien wie Recht auf ein persönliches Gespräch, Rechtsbeistand schon im Verwaltungsverfahren und Übersetzung/Verdolmetschung.
- Pflichtenkatalog für Antragsteller: Abnahme von Fingerabdrücken, Beibringen aller verfügbaren Dokumente, Antragstellung im ersten EU-MS.
- Antragsteller sollen drei Tage nach Antragstellung eine Bescheinigung über ih-

ren Status als Antragsteller erhalten, die sie zum Aufenthalt im betreffenden MS, nicht aber zum Grenzübertritt berechtigt.

- Verbindliche Sanktionen bei Verfahrensmissbrauch, Sekundärbewegungen oder mangelnder Zusammenarbeit.
- Europäische Listen sicherer Herkunftsund Drittstaaten.

Auch die geltende Anerkennungsrichtlinie soll durch eine Verordnung abgelöst werden. Dazu wird folgendes vorgeschlagen:

- Mitgliedstaaten sollen Gutachten der EU-Asylagentur zur Lagebeurteilung in den Herkunftsländern verbindlich berücksichtigen. Dadurch sollen sich die Anerkennungsquoten der EU-MS annähern.
- Aufenthaltsrecht gilt nur in jenem MS, der internationalen Schutz gewährt. Unerlaubte Sekundärbewegungen führen zum Neustart des Fristenlaufs für langfristige Aufenthaltsgenehmigungen.
- Obligatorische regelmäßige Schutzstatus-Überprüfung.
- Uberprüfung des Zugangs zu Sozialleistungen, bestimmte Leistungen können an Integrationsmaßnahmen geknüpft werden.

Die revidierte Richtlinie über Aufnahmebedingungen soll Aufnahmestandards weiter harmonisieren und dazu beitragen, Sekundärbewegungen zu verhindern



Wettbewerb für die besten IT-Lösungen der öffentlichen Hand

Die EU-Kommission hat kürzlich den Sharing and Reuse Award ausgeschrieben, der IT-Lösungen der öffentlichen Hand mit 10.000-15.000 Euro Preisgeld belohnt. Für Gemeinden interessant ist die Einreichmöglichkeit gemeinsamer IT-Lösungen der kommunalen Ebene, d.h. Fälle, in denen Gemeinden gemeinsam Programme entwickelt oder in Auftrag gegeben haben, um Verwaltungsabläufe zu vereinfachen oder die Interoperabilität des Datenaustausches zu ermöglichen.Der Wettbewerb ist im Zusammenhang mit dem E-Government Aktionsplan 2016-2020 zu sehen (siehe EU-Info 3/2016), prämiert werden Open-Source Lösungen, die auch von anderen europäischen Gemeinden bzw. öffentlichen Verwaltungen kopiert werden können. Antragsberechtigt sind ausschließlich Gemeinden, von IT-Dienstleistern entwickelte, nichtlizensierte Programme können jedoch eingereicht werden. Die bis 28. Oktober mögliche Antragstellung erfolgt über ein englisches online-Formular, auch die wesentlichen Projektinformationen müssen auf Englisch eingegeben werden.

Für Gemeinden, die grundsätzlich an der Materie interessiert sind und sich einen Überblick über vorhandene Open-Source Angebote verschaffen wollen, empfiehlt sich ein Blick in das Portal Joinup. Die Eingabe des Suchbegriffs "local government" führt z.B. zu 129 Treffern. Auch alle Wettbewerbsteilnehmer müssen auf Joinup vertreten sein, dies kann allerdings noch nach Antragstellung erfolgen.



GVV mit der SPÖ im Bezirk Oberpullendorf auf Sommertour! Die SPÖ-Tour 2016 machte im Juli Station im Bezirk Oberpullendorf. Im Mittelpunkt standen dabei kommunale Gespräche in Horitschon und Steinberg mit Vertretern der Gemeinden des Bezirks. LH Hans Niessl, Bezirksvorsitzender LR Norbert Darabos, GVV Präsident Erich Trummer und das Team Burgenland haben unter dem Motto "Zuhören. Reden. Umsetzen." Gespräche mit Bürgermeisterlnnen, Vizebürgermeisterlnnen, Gemeinde- und Verwaltungsbediensteten geführt, um ihre Anliegen und Bedürfnisse zu erörtern. Im Bild: LH Hans Niessl und GVV Präsident Erich Trummer mit SPÖ Regierungsteam, SPÖ Klubobmann, SPÖ Landesgeschäftsführer und Bürgermeisterlnnen des Bezirks Oberpullendorf.



I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt www.gwbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt Zulassungsnummer: 02Z034036 M

Region Rosalia präsentierte sich auf der Wiener Wies'n

Am 23. September stand die Wiener Wies'n ganz im Zeichen des Burgenlandes! Die Region Rosalia präsentierte sich am Wiener Pratergelände facettenreich - die Musikvereine aus Schattendorf und Forchtenstein sowie die Edelhof Musikanten spielten in den Festzelten auf. Zusätzlich sorgte eine Ehrensalve des Böllerschützenvereins Forchtenstein für gute Stimmung. Auch die regionalen Schmankerl blieben den mehr als 600 Gästen aus dem Bezirk Mattersburg und den vielen Wienerlnnen nicht vorenthalten – frische Freilandeier und Nudeln, Most, Wein und Destillate aus den Gemeinden am Fuße des Rosaliengebirges sorgten für das leibliche Wohl. Eröffnet wurde der Burgenland-Tag in Wien von Landtagspräsidenten Christian Illedits: "Die große kulinarische Vielfalt und die herrliche Naturlandschaft machen die Rosalia zu einem Geheimtipp für alle, die das burgenländische Lebensgefühl hautnah spüren wollen."